



Tafeln dokumentieren skandalöses Versagen des Staates bei der Armutsbekämpfung

Als „konsequente Entscheidung“ begrüßt Dr. Rainer Podeswa, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der AfD, den Ausschluss von Flüchtlingen von der Essener Tafel, um einmal mehr auf die verfehlte Politik der Bundesregierung hinzuweisen. Zum einen sei es ein Schandfleck, dass die Zahl der Tafeln als Spiegelbild der Verarmung weiter Schichten der Gesellschaft rasant zunehme, zum anderen dokumentiere der Ausschluss von Flüchtlingen deren Integrationsunwilligkeit. Mit Verweis auf die 145 Tafeln allein in Baden-Württemberg, die Millionen Menschen mit Lebensmitteln versorgen, sei er durchaus geneigt, die Tafel als „wertvolle Institution für unser Land“ anzuerkennen, nicht jedoch, sie als vermeintliche „Erfolgsgeschichte“ darzustellen, so Podeswa. „Die Tafel zeigt das Funktionieren der Bürgergesellschaft angesichts eines unglaublich skandalösen Staatsversagens.“

„...noch viel Potential für die Tafelläden!“

Angesichts niedriger Renten und Löhne, grassierender Kinder- und Altersarmut sowie der Tatsache, dass Millionen Menschen „in einem Land, in dem wir gut und gerne leben“ ihre Lebensmittel nicht

einmal im Discounter erwerben können, sei es beschämend, dass das Armutsproblem seit Jahren verharmlost werde, unterstreicht Podeswa. „In der Regierungszeit von Angela Merkel kannte die Armutsgefährdungsquote nur eine Richtung: Von 14 Prozent der Bevölkerung zum Amtsantritt auf 15,7 Prozent im Jahr 2016. 13 Millionen Bürger in Deutschland sind direkt von Armut betroffen – und es sind in jedem einzelnen Jahr der Regierung Merkel mehr geworden!“ Ausdrücklich begrüßte Dr. Rainer Podeswa den Neuaufnahmestopp für Ausländer an der Essener Tafel – zu dem wirklich Mut gehört habe, wie die überzogenen Reaktionen von Antifa und Gutbürgern belegen: „Wenn heutzutage jemand ein Nazi ist, weil er dafür sorgt, dass auch Deutsche etwas zu essen haben, dann braucht man sich mit diesem Unsinn wirklich nicht mehr zu beschäftigen.“ Nach Angaben der Essener Tafel sind 75 Prozent der Teilnehmer Ausländer, die die deutschen Bedürftigen an den Rand gedrängt und ihnen das Essen weggenommen haben. Bei einem Ausländeranteil von 80 Prozent wie in Leutkirch wachse auch der Druck auf die Tafeln in Baden-Württemberg. Mindestens eine Tafel in Baden-Württemberg will dem Essener Modell folgen.

„Antisemitismus als Waffe eingesetzt, das hat derzeit wieder Konjunktur. Einst ging es um die Wehrmachtausstellung, dann um die Bubis-Walser-Kontroverse, oder jetzt bei der aktuellen Debatte um den Antisemitismusbeauftragten des Landes. Mit schweren Geschützen und unsäglichen Vergleichen versuchen die Kartell-Parteien, die AfD-Fraktion zu stigmatisieren. Allein mit dem Ziel, die Argumente der AfD-Fraktion diskreditieren zu wollen. Für alle Anhänger der Kartellparteien: Mit uns gibt es keinen Rassismus, wir lassen uns ausschließlich durch Argumente leiten, und wenn diese schlüssig sind, finden sie unseren Zuspruch und Beifall, ob von Links, Rechts oder aus der Mitte. ‚Der Andere ist anders – er ist wie du‘, sagt schon Walter Dirks. Dies sollten sich die Nutzer des Antisemitismusvorwurfs zu eigen machen.“

Ihr Emil Sänze
stv. Fraktionsvorsitzender



Schuld an wachsendem Antisemitismus in Deutschland tragen die Kartellparteien!



„Wir haben es in unserem Land beileibe nicht nötig, von Menschen Forderungen an uns richten und täglich oberlehrerhaft ‚Werte‘ erklären zu lassen, die aus den rückständigsten Gebieten von Willkürstaaten in die Sicherheit unserer Rechtsordnung kamen...“

*Fraktionsvorsitzender
Bernd Gögel*

Eine klare Absage der Alternative für Deutschland an jede Form von Juden- und Israelhass erteilt Fraktionsvorsitzender Bernd Gögel und verweist auf die Mitschuld der Kartellparteien an der lange allein auf vermeintlichen Rechtsterrorismus fokussierten Problematik. Nicht nur die unkontrollierte Flutung des Landes durch über eine Million junger Männer aus Ländern, in denen der Antisemitismus pseudoreligiöser Staatskult ist und das Existenzrecht des Staates Israel in Frage gestellt wird, sondern auch das schon im Ansatz brachial gescheiterte Experiment der „Umwandlung einer monoethnischen in eine multiethnische Demokratie“ habe den Judenhass in einer Weise begünstigt, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges undenkbar gewesen wäre.

Durch und durch verlogenes multikulturelles Weltbürgerparadies

„Es waren einzig und allein die Kartellparteien, die jene Mörder und Vergewaltiger ins Land gelassen haben, die jüdische und christliche Deutsche hassen und verachten!“, so Gögel. „Die jüdischen Gemeinden, die jetzt den Schulterchluss mit CDU/CSU, SPD und Grünen proben, werden die zärtliche Fürsorge von Frau Merkels Dauer Gästen noch zu spüren bekommen. Die christlichen Deutschen haben den importierten Hass auf dem Berliner Weihnachtsmarkt schon erlebt!“ Angesichts brennender Israelflaggen falle den Altparteien „nur dümmliche, bigotte Symbolpolitik ein“, betont der AfD-Fraktionsvorsitzende. „Es sind die politischen Eliten, die weich im Kopf geworden sind und aus Opportunismus ein funktionierendes Land, in dem Juden und christliche Deutsche sicher lebten, zersetzt haben, denen erst jetzt die wahre Dimension ihres verlogenen

multikulturellen Weltbürgerparadieses wirklich aufgeht.“ Anders als von der grünschwarzen Landesregierung gefordert, brauche das Land keinen dubiosen Antisemitismusbeauftragten, sondern vielmehr die konsequente Anwendung unserer bürgerlich-freiheitlichen Rechtsordnung. Sie verfüge über genügend Mittel und Methoden zur Ahndung von politisch motivierten Straftaten, um nicht nur den wachsenden Antisemitismus unter muslimischen Migranten, sondern auch die religiös motivierten Übergriffe gegen die deutsche Mehrheitsgesellschaft nachhaltig zu unterbinden.

Altparteien sitzen im Glashaus

Mit Nachdruck weist Bernd Gögel die heuchlerischen Vorwürfe der Kartellparteien gegenüber der AfD zurück, die keine Gelegenheit auslassen, mit dem Finger auf die Alternative für Deutschland zu weisen, obwohl sie selbst im Glashaus sitzen und angesichts ihrer eigenen, von NSDAP-Mitgliedern und SS-Schergen dominierten Geschichte ganz sicher nicht mit Steinen werfen sollten – auch wenn alles getan werde, die Tatsachen zu verschleiern. So war eine Anfrage (16/3073) des AfD-Landtagsabgeordneten Emil Sänze nach den „Nachkriegskarrieren von ehemaligen Mitgliedern nationalsozialistischer Organisationen“ abgeschmettert worden, weil der Aufwand „nicht zumutbar“ sei – ein Schelm, der Böses dabei denkt. Offensichtlich sei die AfD die einzige Partei, die sich rückhaltlos zur bürgerlich-freiheitlichen Rechtsordnung und damit der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz bekennt und alles in ihrer Macht stehende tut, den von der Bundesregierung ins Land gelockten Hetzern, Mördern und Flaggenverbrennern die Stirn zu bieten, so Gögel.



Mehr Geld und Macht für die Brüsseler Eurokraten? Nicht mit der AfD!



„Dass die grün-schwarze Landesregierung diese Maßnahmen im Bundesrat ablehnt, ist nicht zu erwarten. Dem Machtzuwachs Brüssels auf Kosten Deutschlands kann allein die AfD die Stirn bieten!“

*Landtagsabgeordneter
Dr. Heiner Merz*

Auf entschiedene Ablehnung durch die AfD stößt der Vorstoß zur Überführung des Europäischen Fonds zur Eurorettung (ESM) in einen Europäischen Währungsfonds (EWF), der unter enormem Zeitdruck im Europaausschuss beraten wurde – obwohl es dabei um Milliardensummen geht. „2011 unter massiven Widerstand zur Rettung insolventer Mitgliedsstaaten aus der Taufe gehoben, birgt bereits der ESM hochriskante Gefahren für die Bundesrepublik Deutschland“, erläutert der europapolitische Sprecher Dr. Heiner Merz. „Nach dem Willen der EU soll dieser ESM, der wenigstens noch unter Kontrolle der ihn tragenden Nationalstaaten steht, nun allerdings zu einem allein von Brüssel bestimmten Geldverteilungsinstrument zur Rettung von Pleitebanken oder EU-Pleiteststaaten werden.“

Maschine zur Geldbeschaffung in Billionenhöhe

„Damit wäre der EWF auch für die Letztfinanzierung der Bankenrettung zuständig und soll zudem ‚innovative Finanzierungsinstrumente‘ entwickeln –

was eine Eurokratenumschreibung für faktische Eurobonds ist“, so Merz. „Die EU schafft sich damit eine Maschine zur Geldbeschaffung in Billiardenhöhe, für die letztlich Deutschland per Ausfallbürgschaft für nicht zahlungsfähige EU-Staaten haftet – im Extremfall alleine für die gesamte Schuldenhöhe!“

Finanzrisiko in Höhe von mehreren Hundert Milliarden Euro

2011 konnte das Finanzrisiko durch den ESM für Deutschland durch ein Verfassungsgerichtsurteil auf 190 Milliarden Euro begrenzt werden. Rund 170 Milliarden Euro müssten innerhalb von sieben Tagen nach Anforderung durch den ESM bereitgestellt werden – ohne Recht auf Widerspruch. Durch die Umwandlung in eine EU-Institution wird der EWF dann jedoch der Rechtsprechung des EuGH unterliegen und eine Haftungsbegrenzung für Deutschland hinfällig.



„Ob Ehrenmorde, Vielehen oder Sunna-Beschneidungen: Unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit halten archaische Riten in Europa wieder Einzug – und niemand scheint es zu kümmern, dass damit geltendes Recht gebrochen wird!“

*Landtagsabgeordnete
Carola Wolle*

Muslimische Mädchen-Beschneidung: Willkommen im Mittelalter...

Man muss es zweimal lesen, um es wirklich glauben zu können: Der Islamische Zentralrat Schweiz (IZRS) hat in einem „islamischen Rechtsgutachten“ die Beschneidung von Mädchen verteidigt. Darauf verweist die AfD-Landtagsabgeordnete Carola Wolle. „Da es sich dabei ‚nur‘ um die Entfernung der Klitorisvorhaut handele, sei dies aus islamischer Sicht legitim“, erläutert Wolle entsetzt. Der IZSR begründet sein zweifelhaftes, mit europäischen Rechtsvorstellungen nicht einmal ansatzweise in Einklang zu bringendes Gutachten mit der „Tradition des Propheten Mohamed“.

Seit 2011 explizit verboten

„Dass in der Schweiz die weibliche Genitalverstümmelung seit 2012 explizit verboten ist,

scheint dabei nicht weiter zu kümmern“, so Carola Wolle. Nach Ansicht des Pressesprechers des IZRS, Qasim Illi, werde die so genannte „Sunna-Beschneidung“ empfohlen, weil sie „keinen Schaden oder Nachteil“ erzeuge. Carola Wolle stellt dazu fest, dass „dieses Beispiel deutlich zeigt, wie mit dem Islam unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit archaische Riten in Europa wieder Einzug halten. Richter lassen inzwischen bei sogenanntem ‚Härtefällen‘ sogar Zweit- und Drittfrauen zu, obwohl Bigamie nach unserem Grundgesetz eindeutig verboten ist. Bei Ehrenmorden und anderen Gewaltstraftaten gegen Frauen werden bei der Urteilsfindung großzügige kulturelle Abschläge zugelassen, so dass uns die Urteile oft ausgesprochen lächerlich erscheinen.“



„Warum werden die widersprüchlichen Hinweise rund um die Theresienwiese nicht endlich konsequent aufgeklärt?“

*Landtagsabgeordneter
Hans Peter Stauch*



Kritik an defizitärer Arbeit des NSU-Untersuchungsausschusses

Gleich acht Beweisanträge der AfD-Fraktion wurden bei der Beratungssitzung des NSU-Ausschusses im Landtag von Baden-Württemberg von den Fraktionen von Grünen, CDU, SPD und FDP/DVP abgelehnt. Das AfD-Ausschussmitglied Hans Peter Stauch fasst dieses Vorgehen der anderen Parteien als „sehr bedenklich“ zusammen. „Für besonders kritisch halten wir die Ablehnung der Beweisanträge zur Anhörung des ehemaligen Kriminalhauptkommissars Siegfried M. sowie die Absage, hochbrisante Akten bezüglich der mehrfach erwähnten Handynummer mit der Endzahl 1004 nicht beizuziehen. Somit wurde eine endgültige Aufklärung diesbezüglich verhindert“, so die AfD-Obfrau Dr. Christina Baum.

Dubiose Handynummer

Der Verbleib der Handynummer mit der Endziffer 1004 ist immer noch nicht geklärt. Angeblich soll diese Nummer im Jahr 2007 einem Außen dienstmitarbeiter der Firma „Gläser Textil“ gehört haben. Kurz nachdem diese Nachricht verbreitet wurde, meldete sich Petra S. aus Irland mit dem Hinweis, diese Nummer gehöre bis zum Auffliegen der Sauerlandgruppe ihrem Vertrauensperson-Führer Rainer Oettinger. „Die 1004-Nummer wurde am 25. April 2007 nach einem Funkzellenabgleich auf der Theresienwiese entdeckt. Warum werden diese widersprüchlichen Hinweise nicht konsequent aufgeklärt?“, so Stauch.

Ausschuss überschreitet Kompetenzen

Bereits in der Vergangenheit hatten die AfD den NSU-Untersuchungsausschuss kritisiert. So waren mehrere Zeugen derart aggressiv nach ihrer politischen Gesinnung sowie zu gewerkschaftlicher Arbeit befragt worden, dass die Vernehmung zu einer persönlichen Bloßstellung ausartete. „Menschen, die eine vom politisch korrekten Mainstream abweichende Meinung haben, wurden im NSU-Ausschuss regelrecht an den Pranger gestellt“, so die AfD-Abgeordnete Baum. Außerdem wurde durch den Ausschussvorsitzenden Wolfgang Drexler (SPD) der gleichermaßen ungeheuerliche wie unangemessene Versuch unternommen, eine demokratisch gewählte Partei wie die AfD mit den NSU-Aktivitäten in Verbindung zu bringen.



„Menschen, die eine vom politisch korrekten Mainstream abweichende Meinung haben, werden im NSU-Ausschuss regelrecht an den Pranger gestellt.“

*Landtagsabgeordnete
Dr. Christina Baum*

Bankräuber bereits seit zwölf Stunden tot?

Der Kriminalhauptkommissar a. D. Siegfried M. und die ermordete Polizistin Michèle Kiesewetter kannten sich. M. gab mehrere Hinweise, unter anderen, dass im „Nationalsozialistischen Untergrund“ Geheimdienste am Werk gewesen sein sollen. Außerdem schrieb er, dass man aus den Obduktionsberichten klar erkennen könne, dass Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt mehr als zwölf Stunden tot gewesen seien, bevor man sie im Wohnmobil gefunden habe. Dies würde der offiziellen Verlautbarung diametral entgegenstehen, wonach sich die beiden Bankräuber unmittelbar nach Erreichen des Wohnmobils im Eisenacher Stadtteil Stregda gegenseitig erschossen hätten, bevor das Feuer ausbrach.



INFOS

AUS DEM LANDTAG

Impressum: Erscheint in regelmäßigen Abständen und wird herausgegeben von der Fraktion der Alternative für Deutschland im Landtag von Baden-Württemberg. V.i.S.d.P. Emil Sänze, AfD-Fraktion, Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart, Fax: 0711/2063-145660

www.afd-fraktion-bw.de

www.facebook.com/AFDFraktionBW

*Bildquelle: Shutterstock